

Bewerbungsbedingungen zum Vergabeverfahren „Datenerhebungen und Panelpflegen des Deutschen Alterssurveys in den Jahren 2024 bis 2027“

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir bedanken uns für Ihr Interesse an oben genanntem Auftrag.

— Diese Unterlage ergänzt und konkretisiert die in der Vergabebekanntmachung genannten Festlegungen und Vorgaben.

Sie fasst noch einmal die Angaben und Nachweise, die ein*e Bewerber*in seinem*ihrem Teilnahmeantrag beizufügen hat, zusammen.

1. Art und Umfang der Leistung

— Das Deutsche Zentrum für Altersfragen (DZA) beabsichtigt, im Wege eines Verhandlungsverfahrens mit Teilnahmewettbewerb gem. § 14 Abs. 3 Nr. 3 VgV Datenerhebungen und Panelpflegen des Deutschen Alterssurveys in den Jahren 2024 bis 2027 zu vergeben.

Nähere Angaben entnehmen Sie bitte den Vergabeunterlagen.

2. Bezeichnung der Stelle, bei der Fragen zur Ausschreibung gestellt werden können

Fragen sind bis zum 22.05.2024 10:00 Uhr ausschließlich per E-Mail an vergabe@dza.de einzureichen.

Soweit die Beantwortung ergänzende oder berichtigende Angaben für die Ausschreibung enthält, werden sie als Ergänzung unter <https://www.dza.de/forschung/ausschreibung> bekannt gemacht.

Eventuelle weitere Informationen, z. B. Änderungen/Ergänzungen an den Vergabeunterlagen, Fragen und Antworten, werden schnellstmöglich, spätestens 6 Kalendertage vor Ablauf der Frist zur Einreichung der Teilnahmeanträge auf der Webseite des DZA (<https://www.dza.de/forschung/ausschreibung>) eingestellt.

Enthält die Ausschreibung nach Auffassung des*der Bewerbers*in Unklarheiten, so hat er*sie das Deutsche Zentrum für Altersfragen unverzüglich schriftlich darauf hinzuweisen. Für die Kommunikation ist die E-Mailadresse vergabe@dza.de zu nutzen.

3. Die Gesamtleistung bildet ein Los

4. Kosten

Für die Bewerbung, Erstellung des Teilnahmeantrags und des Angebots, eventuelle Präsentation und Verhandlungen werden keine Kosten erstattet.

5. Sprache

Der Teilnahmeantrag und das Angebot sind in deutscher Sprache einzureichen. Die Auftragsdurchführung ist in deutscher Sprache durchzuführen.

6. Bewerbungsgemeinschaften (falls zutreffend):

Bewerbungsgemeinschaften haben in dem Teilnahmeantrag (Anlage 1 „Teilnahmeantrag“) sämtliche Mitglieder der Bewerbungsgemeinschaft sowie eine*n bevollmächtigte*n Vertreter*in zu benennen. Im Falle der Beauftragung haftet die Bewerbungsgemeinschaft gesamtschuldnerisch. Der*Die Auftraggeber*in erwartet auch im Fall einer Bewerbungsgemeinschaft die geschlossene Erbringung der Leistung aus einer Hand.

Die unter den Punkten 9.1 und 9.2 geforderten Nachweise sind für jedes Mitglied der Bewerbungsgemeinschaft zu erbringen.

7. Unterauftragnehmer*in (falls zutreffend):

Unterauftragnehmer*innen erbringen räumlich und sachlich Teile der ausgeschriebenen Leistung für den*die Hauptauftragnehmer*in ohne selbst rechtlich oder wirtschaftlich unselbständiger Teil des*der Hauptauftragnehmers*in zu sein. Der*Die Hauptauftragnehmer*in wird Vertragspartner*in und bleibt für die Vertragserfüllung gegenüber dem*der Auftraggeber*in vollständig verantwortlich.

Der*Die Bewerber*in hat mit seinem*ihrem Teilnahmeantrag Art und Umfang der Leistungen anzugeben, die er*sie an Unterauftragnehmer*innen übertragen will. Spätestens vor Zuschlagserteilung ist der*die Unterauftragnehmer*in namentlich zu benennen und eine Erklärung vorzulegen, dass die entsprechenden Kapazitäten im Auftragsfalle verbindlich zur Verfügung stehen (Anlage 5 „Erklärung Unterauftragnehmende“). Die Erklärung ist von dem*der Unterauftragnehmer*in zu unterschreiben. Die Erklärung kann bereits mit dem Teilnahmeantrag eingereicht werden. Sollte die Erklärung nicht bereits mit dem

Teilnahmeantrag eingereicht worden sein, so wird sie spätestens vor Zuschlagserteilung nachgefordert.

8. Eignungsleihe (falls zutreffend)

Der*Die Bewerber*in kann im Hinblick auf die für den zu vergebenden Auftrag erforderliche wirtschaftliche und finanzielle sowie die technische und berufliche Leistungsfähigkeit die Kapazitäten anderer Unternehmen in Anspruch zu nehmen (Eignungsleihgeber*in).

Er*Sie muss in diesem Fall nachweisen, dass ihm*ihr die für den Auftrag erforderlichen Mittel tatsächlich zur Verfügung stehen werden (Anlage 5 „Erklärung Unterauftragnehmende“). Die Erklärung ist von dem betreffenden Unternehmen zu unterschreiben und dem Teilnahmeantrag beizufügen.

Sofern sich ein*e Bewerber*in zum Nachweis seiner*ihrer Eignung auf die Kapazitäten eines anderen Unternehmens beruft, hat er*sie die unter den Punkten 9.1 und 9.2 a) geforderten Nachweise auch für das betreffende Unternehmen vorzulegen.

Darüber hinaus sind für das betreffende Unternehmen diejenigen Nachweise der wirtschaftlichen und finanziellen bzw. technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit vorzulegen, für die auf die entsprechenden Kapazitäten zurückgegriffen werden soll.

9. Teilnahmebedingungen

Es wird darauf hingewiesen, dass zunächst ein Teilnahmeantrag (Anlage 1) unter Beifügung der unter dem Punkt 5.1.9 der Bekanntmachung geforderten Nachweise und Erklärungen zu stellen ist.

Es ist noch kein Konzept und kein Kostenplan vorzulegen.

Der*Die Bewerber*in hat besondere Sorgfalt bei der Erstellung der Unterlagen walten zu lassen.

Die vorgegebene Reihenfolge soll eingehalten werden.

Fehlende Unterlagen können zum Ausschluss führen.

9.1 Nachweise/Erklärungen der Befähigung zur Berufsausübung einschließlich Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister gem. Punkt 5.1.9 der Bekanntmachung:

- a) Kurze Darstellung des sich bewerbenden Unternehmens/ der sich bewerbenden Institution/der sich bewerbenden Person
- b) Nennung der für das Unternehmen/die Institution verantwortlichen Personen

- c) Eigenerklärungen zu §§ 123, 124 GWB. Der*die Bewerber*in hat nachzuweisen, dass auf ihn*sie keine zwingenden oder fakultativen Ausschlussgründe zutreffen. Hierzu ist mit dem Teilnahmeantrag eine Eigenerklärung zu den §§ 123, 124 GWB vorzulegen, die u. a. beinhaltet, dass der*die Bewerber*in sich nicht in einem Insolvenzverfahren oder vergleichbaren gesetzlichen Verfahren befindet und seinen/ihren Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie Beiträgen zur gesetzlichen Sozialversicherung ordnungsgemäß erfüllt hat. Die mit den Vergabeunterlagen zur Verfügung gestellte Anlage 3 „Eigenerklärung_123_124“ ist hierfür zu nutzen.
- d) Aktuelle Gewerbezentralregisterauskunft bzw. Eigenerklärung, dass nachweislich die Voraussetzungen für einen Ausschluss nach § 19 Abs. 1 MiLoG nicht vorliegen. Die mit den Vergabeunterlagen zur Verfügung gestellte Anlage „Eigenerklärung MiLoG“ kann genutzt werden.

9.2 Nachweise/Erklärungen der wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit gem. 5.1.9 der Bekanntmachung:

- a) Mitteilung des Gründungsjahrs und Darstellung der Geschäftsentwicklung der letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahre
- b) Nachweis über Betriebs-/Berufshaftpflichtversicherungsdeckung bzw. Eigenerklärung, dass im Zuschlagsfall eine entsprechende Versicherung abgeschlossen wird

9.3 Nachweise/Erklärungen der technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit gem. Punkt 5.1.9 der Bekanntmachung:

- a) Der*Die Bewerber*in hat Art und Umfang der Leistungen anzugeben, die er*sie an Unterauftragnehmer*innen übertragen will und diese spätestens vor Zuschlagserteilung namentlich zu benennen.
- b) Angabe bei Bewerbungsgemeinschaften, welches Mitglied welche Aufgaben und Themenstellungen übernimmt sowie wer als zentrale Ansprechperson fungiert
- c) Bestätigung, dass das Angebot, die eventuelle Präsentation und die Auftragsleistung in deutscher Sprache erfolgen
- d) Übersicht über die in den letzten 3 Jahren wesentlich geleisteten Arbeiten
- e) Angaben der Namen und beruflichen Qualifikation der Mitarbeitenden
- f) Zusicherung, dass es bei Zuschlag eine feste Ansprechperson und eine Stellvertretung im Projektteam gibt und dass diese Person (bzw. bei Abwesenheit ihre Stellvertretung) kontinuierlich zur Verfügung steht und dass bei personellen Veränderungen keine inhaltlichen und zeitlichen Probleme im Rahmen der Unterstützung entstehen
- g) Zusicherung, dass ausreichend Kapazitäten vorhanden sind, um die Studie in der vorgesehenen Form und in der angegebenen Feldzeit durchführen zu können

- h) Zusicherung, dass der*die Bewerber*in zur Koordinierung und Vorbereitung der Erhebung zu anberaumten Treffen in Berlin anwesend sein wird
- i) Nachweis fundierter Erfahrungen mit wissenschaftlichen computergestützten persönlich-mündlichen und telefonischen Interviews, mit entsprechenden Referenzen
- j) Nachweis fundierter Erfahrungen mit der Organisation und Umsetzung bundesweiter Einwohnermeldeamtsstichproben für persönlich-mündliche Befragungen, mit entsprechenden Referenzen
- k) Nachweis fundierter Erfahrungen mit der Durchführung und Pflege von Panelstudien mit zufallsbasierter Stichprobenauswahl, mit entsprechenden Referenzen
- l) Nachweis fundierter Erfahrungen mit der Durchführung von Befragungen in stationären Einrichtungen, mit entsprechenden Referenzen

Der*Die Auftraggeber*in legt Wert auf eine qualitative hohe Erfüllung der Aufgabe. Die Bewertung der Eignung der Bewerber*innen erfolgt anhand der in der Anlage 8 „Bewertungsraster Eignung“ genannten Kriterien. Für die Einreichung der geforderten Unterlagen ist die Anlage 9 „Vordruck Eignungsnachweise“ zu verwenden.

10. Abgabe des Teilnahmeantrags

Der Vordruck des Teilnahmeantrags (Anlage 1) sowie die Eigenerklärungen (Anlagen 3 und 4) sind zu unterschreiben (Keine digitale, gescannte oder gefaxte Unterschrift).

Die Unterauftragnehmer*innenerklärung (Anlage 5), soweit zutreffend, ist von dem*der vorgesehenen Unterauftragnehmer*in zu unterzeichnen. Es ist für jede*n Unterauftragnehmer*in eine Erklärung beizufügen.

Der Teilnahmeantrag einschließlich aller Anlagen ist in zweifacher Ausfertigung (einmal im Original und einmal auf handelsüblichem Datenträger) ausschließlich auf dem Post- bzw. Botenweg in einem fest verschlossenen Umschlag, gekennzeichnet mit der Aufschrift: "Nicht öffnen! Teilnahmeantrag Alterssurvey" bei

Deutsches Zentrum für Altersfragen (DZA)
Andrea Blume
Manfred-von-Richthofen-Str. 2
12101 Berlin

einzureichen.

11. Frist zur Einreichung der Teilnahmeanträge

Die Teilnahmeanträge müssen
bis zum **30.05.2024, 10:00 Uhr**

eingegangen sein.

Maßgeblich ist der Eingangsstempel der Poststelle des Deutschen Zentrums für Altersfragen (DZA) bzw. die Eingangsbestätigung bei persönlicher Übergabe oder Übergabe durch Boten. Der*Die Bieter*in hat sicherzustellen, dass über Zustell- oder Kurierdienste versendete Teilnahmeanträge innerhalb der Teilnahmeantragsfrist bei der genannten Kontaktstelle eingehen. Ein Verschulden der Zustell- oder Kurierdienste wird dem*der Bieter*in zugerechnet.

Teilnahmeanträge, die nach der Frist eingehen, werden ausgeschlossen.

Teilnahmeanträge, die per E-Mail oder Fax eingehen, müssen ausgeschlossen werden.

Diese Frist gilt auch für nachträgliche Berichtigungen und Änderungen.

12. Berichtigungen/Änderungen oder Rücknahme des Teilnahmeantrags

Berichtigungen und Änderungen des Teilnahmeantrags sind bis zum Ablauf der Frist zur Einreichung der Teilnahmeanträge zulässig und unterliegen denselben Formerfordernissen wie der Teilnahmeantrag selbst. Bei Abgabe eines überarbeiteten Teilnahmeantrags ist klarzustellen, in welchem Umfang der vorherige Teilnahmeantrag gültig bleibt.

Die Rücknahme eines Teilnahmeantrags ist bis zum Ablauf der Frist zur Einreichung eines Teilnahmeantrags zulässig. Sie hat in der gleichen Form zu erfolgen.

13. Vertrags- und Zahlungsbedingungen

Grundlage ist der Vertrag, der Bestandteil der Vergabeunterlagen ist.

Die allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführungen von Leistungen (VOL/B) werden im Falle der Zuschlagserteilung Bestandteil des Vertrages.

Die Geltendmachung Allgemeiner Geschäftsbedingungen der*des Bewerbers*in führt zum Ausschluss.

14. Nachprüfungsstelle

Nachprüfungsstelle ist

Bundeskartellamt
Vergabekammer des Bundes
Villemombler Str. 76
53123 Bonn

Gemäß § 160 Abs. 3 S. 1 GWB müssen erkannte Verstöße gegen Vergabevorschriften innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen beim Deutschen Zentrum für Altersfragen, Manfred-von-Richthofen-Str. 2, 12101 Berlin gerügt werden.

Gemäß § 160 Abs. 3 S. 2 GWB müssen Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Deutschen Zentrum für Altersfragen, Manfred-von-Richthofen-Str. 2, 12101 Berlin gerügt werden.

Gemäß § 160 Abs. 3 S. 3 GWB müssen Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Deutschen Zentrum für Altersfragen, Manfred-von-Richthofen-Str. 2, 12101 Berlin gerügt werden.

Hilft das Deutsche Zentrum für Altersfragen der Rüge nicht ab, kann ein Antrag auf Nachprüfung beim Bundeskartellamt unter der o.g. Anschrift innerhalb von 15 Kalendertagen nach Eingang der Mitteilung des Deutschen Zentrums für Altersfragen, Manfred-von-Richthofen-Str. 2, 12101 Berlin, der Rüge nicht abhelfen zu wollen, gestellt werden.

Nach § 135 Abs. 2 GWB endet die Frist, mit der die Unwirksamkeit eines Vertrages in einem Nachprüfungsverfahren geltend gemacht werden kann, 30 Kalendertage nach der Information der betroffenen Bieter*innen und Bewerber*innen durch den*die öffentliche*n Auftraggeber*in über den Abschluss des Vertrags, jedoch nicht später als 6 Monate nach Vertragsschluss. Im Falle der Veröffentlichung der Bekanntmachung der Auftragsvergabe im Amtsblatt der Europäischen Union endet die Frist 30 Kalendertage nach dieser Veröffentlichung.

15. Sonstiges

Mit Abgabe des Teilnahmeantrages unterliegen nicht berücksichtigte Bewerber*innen den Bestimmungen des § 62 VgV.

Berlin, 30.04.2024

Anlagen:

- Anlage 1 – Teilnahmeantrag
- Anlage 2 – Leistungsbeschreibung
- Anlage 3 – Eigenerklärung_123_124
- Anlage 4 – Eigenerklärung_MiLoG
- Anlage 5 – Erklärung Unterauftragnehmer
- Anlage 6 – Vertragsentwurf
- Anlage 7 – Datenschutzrechtliche Zusatzvereinbarung

- Anlage 8 – Bewertungsraster_Eignung
- Anlage 9 – Vordruck Eignungsnachweise
- Anlage 10– Zuschlagskriterien
- Anlage 11 – Hinweise zum Datenschutz
- Anlage 12– Instrumentenband
- Anlage 13 – Listenheft